

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
Paul Selbmann
Druck u. Verlag: Auer Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Rue. Königsmannstr. 10
Kriegsdruck-Verlag
Kriegsdruck-Verlag

Nr. 198

Freitag, den 27. August 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die polnische Offensive ist zum Stillstand gekommen. Millerand mahnt Polen zum Frieden.

Wegen der Vorgänge in Oberschlesien riefte die Reichsregierung an den Verband eine neue Note.

Der polnische Generalfstab gibt zu, polnisches reguläres Militär auf ober-schlesisches Gebiet zur Besetzung aufzuheben.

In Stuttgart ist es infolge Steuerabotage der Arbeiter zur Aufsperrung von 18000 Arbeitern gekommen. Mit dem Generalfstab wird gedroht.

In Breslau kam es infolge von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Haller-Soldaten in Oppeln zu schweren Ausschreitungen.

Vor dem Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus?

Die späteren Nachrichten bestätigen durchaus den ersten Eindruck, daß Lloyd George in seiner bisher dem Bolschewismus gegenüber besorgten Politik einen grundlegenden Wechsel vollzogen hat. Es ergibt sich tatsächlich, daß nach Warschau ein bis Freitag begrenztes Ultimatum abgegangen ist, daß General Lloyd George Millerand eine gemeinsame Aktion zur bewaffneten Unterstützung Polens vorgeschlagen haben, und daß man in Paris triumphiert, weil jetzt der bisher allein von Frankreich vertretene Standpunkt rücksichtsloser Gewaltanwendung zu allgemeiner Gültigkeit gelangt zu sein scheint. Es geht genau in diesem Rahmen hinein, wenn dabei ausdrücklich erklärt wird, daß vor dem britischen Oberkommando in Gungli, Herrn Tower, Waffentransporte für Polen im Dampferhafen zu Unrecht festgehalten worden seien. Man sieht also, daß die Entente zurzeit jede Einschränkung die Partei Polens nimmt, während noch vor ganz kurzer Zeit derselbe Lloyd George die Kriegserklärung Polens an Rußland vor dem englischen Unterhause verurteilt hat. Alle Welt weiß natürlich, daß die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten, die russische Sowjetregierung habe durch Erweiterung ihrer seinerzeit betragenen Friedensbedingungen einen großen Bruch von Treue und Glauben begangen, nur ein Vorwand ist. Die russischen Delegierten in London sollen dem auch unter Protest gegen diesen Lloyd Georges Dreh ihre Waffe gefordert haben, was einstweilen den Eintritt des Kriegszustandes bedeutete. Niemand in der ganzen Welt bezweifelt auch des weiteren, daß für den Frontwechsel der Entente ausschließlich der militärische Umschwung auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz maßgebend gewesen ist. Dies als richtig angenommen, kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß die Entente den Bolschewismus ben Entscheidungskampf zu proklamieren. Man scheint in London, Rom und Paris der festen Überzeugung zu sein, daß der Bolschewismus am Ende seiner militärischen Kraft angelangt ist, die bisher zugleich die einzige Stütze seiner Macht dargestellt hat. Nach einem Funkpruch aus Moskau hat nun dort eine Tagung der leitenden Männer des Bolschewismus stattgefunden, auf der eine Entschliessung angenommen wurde, in der die Mißerfolge an der polnischen Front ganz offen zugegeben werden, gleichzeitig aber auch von neuem zum Kampf gegen die polnischen Diebe und die verräterische Bourgeoisie der Westmächte aufgerufen wird. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob das bloß ein Wuff ist. Stehen dahinter aber neue Sowjetkämpfe, dann wird die Welt mit atemloser Spannung sehen, wie der Entscheidungskampf zwischen Westdemokraten und Bolschewismus anhebt und verläuft.

Deutsche Protestnote gegen den Poleneinfall.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August folgende weitere Note überreicht: Die Lage im ober-schlesischen Abkommungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Von stehenden Armeen, die unter internationaler Verwaltung stehen, sind sieben, darunter der gesamte Industriebezirk, von bewaffneten Kämpfern heimgesucht, die an vielen Stellen die tatsächliche Gewalt an sich gerissen haben. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedeutende Stockung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß alliierte Truppen sich mit den Insurgenten verbündet haben. Die Sicherheitspolizei, die im Dienste der internationalen Kommission Blut und Leben gegen bewaffnete Aufständische einsetzten mußte, ist trotz ihrer Hilferufe stellenweise ohne Unterstützung gelassen worden. Die Internationalisierte Kommission hat bei Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer es auch sein möge, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplote verüben, offen oder heimlich, zum Widerstande gegen die Verwaltung aufheben, sollten auf strengste bestraft werden. Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung in Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Vertrag von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Internationalisierte Kommission die Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden an Leib und Eigentum zu bewahren. Wiederholt hat die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der Internationalisierten Kommission und der verbündeten Hauptmächte auf die Bewaffnung der polnischen Vereine gelenkt. Sie hat durch authentische Dokumente den Nachweis erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Abtötung zu vereiteln, eine

gewalttätige Erhebung vorbereitet wurde. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß ihre Warnungen unbeachtet blieben und so die augenblicklichen Zustände ermöglicht wurden. Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu Folgen von unabsehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten sind für die deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abtötungsgebiet versagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und Besonnenheit zu ermahnen. Ihre Mahnungen werden auf die Dauer aber nur dann Erfolg haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingebrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Drie an beheimatete Behörden zurückgegeben wird. Straffes Zusammengreifen ist notwendig, auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stellen von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wichtige Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerlässlich. Die alliierten Mächte werden dem deutschen Volk nicht zumuten wollen, schweigend mit anzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien verzwängt werden. Das Recht der deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu bestehen, daß das eng mit dem übrigen Reich verwachsene Land im Einklang mit den bestehenden Verträgen behandelt und verwaltet wird.

Teilnahme polnischen Militärs am Aufstand.

Polnischerseits ist in Oberschlesien bekanntlich auf das entschiedenste bestritten worden, daß reguläres polnisches Militär an dem dortigen Aufstand beteiligt sei. Korstanty wagt es allerdings nicht, rundweg zu behaupten, daß die deutschen Meldungen über die Teilnahme polnischer Soldaten an den Kämpfen ganz und gar erlogen, sondern er erklärt, daß die in polnischer Uniform wahrgenommenen Kämpfer demobilisierte, aus Oberschlesien stammende Haller-Soldaten seien. Diese Erklärung ist zu gesucht, als daß sie selbst bei leichtgläubigen Lesern Glauben erwecken könnte. Der polnische Generalfstab streift aber die Behauptung des ober-schlesischen Polensführers Lügen. Die Kopenhagener Nationalitätenversammlung nämlich aus Warschau:

Der polnische Generalfstab erklärt eine Erklärung, wonach die polnischen Truppen in Oberschlesien nicht etwa zur Bekämpfung Oberschlesiens, sondern nur zum Schutze der bedrohten polnischen Bevölkerung eingesetzt seien.

Diese Erklärung des polnischen Generalfstabes ist auch insoweit noch interessant, als in ihr gegen die Internationalisierte Kommission und damit gegen die ganze Entente die Beschuldigung erhoben wird, daß sie nicht für ausreichenden Schutz des polnischen Teiles der Bevölkerung Sorge getragen hätte. Deshalb sei Polen seinen Landesleuten selbst zu Hilfe gekommen. Angesichts der zahlreichen polnischen Ueberfälle auf deutsche Versammlungen in letzter Zeit ist dies eine leichtfertige Behauptung. Von der Entente aber muß unter allen Umständen erwartet werden, daß sie für die schweren Verletzungen des Versailles Vertrages durch das Einrücken polnischer Militärs in Oberschlesien ausreichende Sühne fordert und sich für eine den Umständen entsprechende Entschädigung der durch die polnischen Truppen an Leib und Gut geschädigten Grenzbevölkerung einsetzt.

Der russisch-polnische Krieg.

Eine Mahnung Millerands an Polen.

Wie der Matin erfahren haben will, soll Ministerpräsident Millerand der Regierung in Warschau zu verstehen gegeben haben, daß es notwendig sei, den Russen mögliche Friedensbedingungen zu stellen, damit der Friede in Mitteleuropa rasch wiederhergestellt werde.

Rußland drängt zum Frieden.

Dem Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge hat Tschitscherin einen Funkpruch an Kamenev gefandt mit der Bitte, ihn der englischen Regierung mitzutellen. Es wird darin der Friedenswille der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und die Bereitwilligkeit Rußlands erklärt, an der Bedingung, daß in Polen eine Miliz von Arbeitern aufgestellt werden müsse, nicht festzuhalten. Dadurch sei vollkommene Uebereinstimmung mit England und Italien hinsichtlich aller Bedingungen für den Frieden mit Polen erreicht worden.

Kamenev und Krassin nach in London.

Die Times erklärt, daß der Bericht, daß Kamenev und Krassin ihre Waffe verlegt hätten, unrichtig sei. Wie verlautet, erwarten beide Sowjetdelegierten, daß spätestens bis heute (Freitag) eine befriedigende Antwort auf die Note Balfours eintreffen werde.

Der polnische Vormarsch zum Stillstand gebracht.

Der polnische Vormarsch ist anscheinend in der Dniepr-Provinz-Ossowicz-Dialstol zum Stillstand gekommen. An der Frontenfront ist die Lage unverändert. Ostlich von Wernberg lokale Erfolge der Polen, die weiter südlich zu der Dniepr-Dnie führten.

Wrangel's Truppen in Odessa.

Odessa meldet: Die polnische Armee steht zwei Tagemärsche vor Winok. Kowel wird von den Polen beschossen. An der Südfont sind große Truppenverlagerungen von Warschau abgegangen. Mit der Vorbereitung einer großen Offensive ist zu rechnen. Der Matin meldet, daß die Truppen des Generals Wrangel in die Vorstädte von Odessa eingebrungen seien.

Witna ausgeplündert.

Wie die Berlingische Tidende aus Kowno telegraphiert, ist Witna vollständig ausgeplündert. Die Bolschewisten haben im Widerspruch mit allen getroffenen Vereinbarungen die Bankdepositen mitgeführt, alle Warenlager ausgeräumt und Maschinen usw. entfernt.

Großes von den Polen genommen.

Der Matin erfährt aus Warschau, daß Umstellungen der zweiten polnischen Gardebataillon Grodna eingenommen haben.

Die Geschäftehändler am Polen.

Im Temps wird das an die Polen gelieferte Kriegsmaterial auf mehr als 400 Geschosse schweren Kalibers angegeben.

Russische Kriegserklärung an Frankreich?

Die Moskauer Pravda meldet: Im Räte der Sowjets wurde mit Mehrheit ein Antrag gestellt, der eine Kriegserklärung an Frankreich zu fordern. Der Antrag wird damit bekräftigt, daß die Franzosen sowohl der polnischen Armee des Marschalls Pilsudski, als auch den sibirischen Truppen des Generals Wrangel aktiv Hilfe leisten.

Scharfe Maßnahmen gegen Steuerabotage.

Spernung industrieller Betriebe in Württemberg.

Nachdem in den letzten Tagen alle Versuche, mit der radikalen Aktion der Stuttgarter Arbeiterchaft in Sachen des Steuerabotages zu einer gütlichen Verständigung zu gelangen, gescheitert sind, geht nunmehr die württembergische Regierung mit den scharfsten staatlischen Machtmitteln gegen die Steuerabotage vor. Eine Bekanntmachung des Staatsministeriums, die Donnerstag früh veröffentlicht wurde, besagt, daß die Betriebsleitungen der Daimlerwerke in Untertürkheim, der Boschwerke in Stuttgart und Feuerbach und der Maschinenfabrik Esslingen von Donnerstag ab so lange geschlossen bleiben, und zwar im Einverständnis mit der Staatsregierung, als die Durchführung des Steuerabotages mit Gefahr für die leitenden Persönlichkeiten der Betriebe sowie für die Betriebsanlagen verbunden ist. Bei Gewaltanwendung durch die Radikalen wird sofort die Einwohnervorwehr aufgerufen, vorwiegend auch gleich der Belagerungszustand erklärt. Die Wortführer der Radikalen erklärten bei den letzten Verhandlungen über den Steuerabotage, gerade weil es sich hier um Lebensfragen des Staates handele, gebe man nicht nach, weil man diesen gegenwärtigen Staat vernichten wolle.

Schwere Ausschreitungen einer Belegschaft.

Auf der Siegerländer Charlottenhütte kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Belegschaft wollte den Betriebsdirektor und den ihn begleitenden technischen Generalinspektor zwingen, mehrere verkaufte Stunden zu bezahlen. Der Vorstand des Werkes beschloß alsbald, angesichts der unmöglich gewordenen ordentlichen wirtschaftlichen Weiterführung des Werkes, den Betrieb zu schließen und sämtliche Arbeiter mit sofortiger Wirkung zu entlassen.

Gegen die Zirkular der Eisenbahnen.

Gegen die Preisgabe der Staatsautorität wendet sich jetzt der allgemeine Eisenbahnerverband, der zu den Verhandlungen über die Kontrolle der Waffentransporte nicht zugezogen war, in einer längeren Entschliessung, in der es unter anderem heißt, den Eisenbahnern sei bekanntgegeben, daß der Aufruf, der gemeinsam von den freien Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien erlassen worden ist, zu Unrecht die Unterschrift des Hauptbetriebsrates der Eisenbahnen trägt. Der Hauptbetriebsrat hat sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt. Wenn sein Vorsitzender dieses Amt in jedem Sinne parteipolitisch mißbraucht hat, so sind von den unfernen Verbänden angehörigen Mitgliedern des Hauptbetriebsrates die notwendigen Schritte bezwecken eingeleitet worden.

Kleine politische Meldungen.

Einberufung des Reichstages. Das Reichskabinett ist nahezu vollständig wieder in Berlin versammelt. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie beschloß, die Einberufung des Auwärigen Amtes und des Reichstages zu fordern, damit Aufklärung über die deutsche auswärtige Politik erlangt werde.

Der Athener Kommunistenführer ein Schwindler. Bei dem Athener Rutsch hatte ein angeblicher Oberlehrer Dr. Berg Oberleutnant d. R., eine hervorragende Rolle gespielt. Dies Zusammenreffen — ein Oberleutnant als Kommunist, kann für einen Sozialisten nichts anderes als ein Spiel sein — war für die sozialistische Presse das Hauptbeweisstück gewesen, daß der Athener Rutsch Losspiegelarbeit gewesen sei. Jetzt geht der Athener Zeitung von der Abwicklungsstelle Athens folgende Mitteilung zu: Berg war, wie eine Nachricht seiner Heimatsbehörde besagt, nie als Oberlehrer an dortigen höheren Lehranstalten tätig; auch führt er den Titel Doktor zu Unrecht. Erkundigungen bei seinem Feldregiment ergaben, daß ein Berg in den Ranglisten nicht geführt wird. Infolgedessen dürfte auch diese Angabe auf Unwahrheit beruhen.

Neuer Streik der Hafenarbeiter. Der Hafenbetriebsverein in Hamburg hat die Forderung der organisierten Ha-

Leberleber
leinen Re-
sa waren
für fünf
kommen.
Habe ich
wollte ich
angen. Ich
einmal in
an den
so daß ich
erer Lage
sther ma-
doch ein-
und darauf
nich alles
würde?
geträumt.
er Müller
nach unse-
mitr.
an. Und
Mittmen.
hen, aber
gen Weg-
r. Schwat-
licht über
achte, der
stenden
haben wir
and ihre
Schroff
ter. Und
ogte und
stenden.
t ab von
andacht
sehen.
da vor
ste Wal-
schliche
in dem
ten Bin-
l. Gadi
ort Bin-
die dort
men
nhalt
fund
äfte
7.60
H.,
ers
rit
it.
sa
ma
bis
ur
Angebote
erbeten.
r,
schabl-
infal-
verhö-
ge dem.
ibisch
ante. 22.
mer
ohn und
Wetten,
geblatt.

senarbeiter auf Erhöhung des Tageslohnes von 48 auf 80 Mark abgelehnt. Die Arbeiter beschloßen, an ihrer Forderung festzuhalten und gegebenenfalls am 1. September in den Ausstand zu treten. Die Hafenarbeiter von Bremen, Bremerhaven, Norddeutsche und anderen Häfen haben sich dem Vorhaben der Hamburger angeschlossen.

Belgien will neutral bleiben. Der belgische Außenminister Dymans hatte in der Kabinettsitzung eine Rede gehalten, in der er von neuem erklärte, daß Belgien nunmehr an die Seite Frankreichs treten und zugunsten Polens öffentlich Partei ergreifen müsse. Daraufhin erklärte Minister Vandervelde, falls dieser Vorschlag angenommen würde, würde er zurücktreten, und zog mit dieser Erklärung die Mehrheit des Kabinetts auf seine Seite. Das führte zum Rücktritt Dymans.

Erzherzog Karl als englischer König von Ungarn. Die Pariser Ausgabe des Chicago Tribune verbreitet die Meldung, daß Frankreich und England einer Befestigung des ungarischen Thrones durch Erzherzog Karl zugestimmt hätten. Die Dena gibt diese Meldung nur mit äußerstem Vorbehalt wieder und überläßt der genannten Zeitung die Verantwortung dafür.

Weltkrieg zwischen Japan und Amerika. Eastern Service meldet aus Tokio: Einer Blättermeldung zufolge ist ein neuer Interessenskonflikt zwischen Amerika und Japan entstanden. Amerika wird auf der internationalen Verkehrskonferenz am 15. September in Washington gegen Japans Monopol auf das Telegraphenband Japan-Tientsin protestieren und die gemeinsame Aufsicht durch die Vereinigten Staaten, China und Japan über diese Kabellinie vorschlagen. Japan ist indessen nicht bereit, dieser Regelung zuzustimmen.

Einwohnerversammlung in Aue.

Protest gegen die hohen Preise für den Lebensunterhalt. Im Mittelpunkt einer nachdrücklichen Bewegung, die in diesen Tagen durch das ganze Reich geht, steht ein scharfer Protest gegen die gegenwärtigen hohen Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Auch in Aue war für gestern abend eine öffentliche Einwohnerversammlung nach dem Saale des Bürgergartens einberufen worden, die diesem Zwecke dienlich, gleichzeitig ein Bild geben sollte von den Lebensbedingungen in unserer Stadt und womöglich einheitliche Richtlinien zur Herbeiführung eines Preisabbaues. Referent war der Vorsitzende der Preisprüfstelle in Aue, Stadtrat Lorenz, der über das Thema sprach:

Preisabbau, Preisprüfung, Händlerhaft und Konsumenten.

Davon ausgehend, daß wohl der Weltkrieg zu Ende sei, noch nicht aber das Weltelend, betonte Redner zu Beginn seiner Ausführungen, daß es falsch sei, die Teuerung auf die Lohnhöhe zurückzuführen und daß nur eine Preisreduzierung bessere wirtschaftliche Verhältnisse herbeiführen könne. Die Teuerung, entstanden im Kriege infolge des Warenmangels, sei in der Folgezeit gewachsen durch eine kapitalistisch orientierte Wirtschaftspolitik, insofern, als eine Konjunkturpolitik eingesetzt habe, die dann ihrerseits das Wucher- und Schleihhändlerum großgezogen habe. Die Folge dieses Systems sind andauernde Unterernährung, verbunden mit Krankheiten und Zunahme der Todesfälle, namentlich bei den Kindern, sowie fortschreitende Verarmung des Volkes. Deshalb muß unbedingt Preisabbau gefordert werden, zumal in den letzten Wochen durch Stilllegung vieler Betriebe die Arbeitslosigkeit und damit die Not des Volkes noch gesteigert wird.

Verteilt sei es, wenn, wie das in vielen Städten in letzter Zeit geschah, der Großhandel gegen die Händler richtet und in Umlagerungen zum Ausdruck komme. Denn man müsse sich vorerst einmal die Frage vorlegen, ob wir in Deutschland überhaupt genug Nahrungsmittel haben. Diese Frage sei unbedingt zu verneinen. Besonders sei das für Sachsen der Fall, das von den Ueberflusssgebieten völlig in Stich gelassen wird. Die Gemeindebehörden haben durch Notekäufe die Not lindern wollen, haben durch Wucher-Konjunktur dabei aber viel Geld zugelegt. Die Ursachen der Teuerung selbst können überhaupt nicht in den einzelnen Gemeinden, sondern nur im Reich beseitigt werden und zwar in erster Linie durch Ueberführung der jetzigen kapitalistisch-bürokratischen Zwangswirtschaft in eine planmäßige sozialistische. Neben der Zwangswirtschaft, in ihrer jetzigen Form trägt die Hauptlast an der jetzigen Teuerung in größerem Maßstab als die Kleinhandlung und der Zwischenhandel die Erzeuger, vor allem die Großgrundbesitzer, was Redner an Beispielen agrarischer Sabotage zu beweisen suchte. Das wirksamste Mittel zur Verringerung der Verhältnisse aber seien Wirtschaftsverträge mit Agrarländern, vor allem mit Rußland, die uns Lebensmittel gegen unsere Industrieprodukte liefern müßten. Ferner sei zu verlangen, daß alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen die Verbraucher unterstützen. Zufällig sei am Donnerstagmorgen, 26. August, in Aue ein Anfang gemacht worden durch

Beratungen der Volkswirtschaftlichen Vereinigung.

die zur einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse führten: Die heute im Verhandlungssaale der Volkswirtschaftlichen Vereinigung tagende sehr stark besuchte Versammlung, bestehend aus Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe, des Bürgerbundes von Aue, der städtischen Preisprüfstellen, den Vertretern der Angestellten-Vereine, der Gewerkschaften und den Vorsitzenden der Betriebsräte von Aue, erklärte nach vierstündiger Verhandlung, daß unter den angeführten Körperchaften volle Einmütigkeit darüber herrsche, daß

1. die gegenwärtigen Ernährungs-Verhältnisse und die zur Zeit herrschenden Lebensmittelpreise aus volkswirtschaftlichen, vaterländischen und gesundheitlichen Gründen unhaltbar sind;
2. daß alle Schichten der Bevölkerung gemeinsam in Abwehr gegen diese Verhältnisse und die abnorm hohen Preise einzutreten und demgemäß bei der Volkshammer, bei der Regierung, den Stadtverwaltungen und den Kommunalverbänden vorstellig werden müssen;
3. daß es notwendig ist, über die Mängel unserer Ernährungsverhältnisse und die unser Volk zerrüttende Preispolitik alle Kräfte unserer Bevölkerung aufzuklären und zu positiver Mitarbeit an der Herbeiführung gesunder Ernährungsverhältnisse und einer vernünftigen Preispolitik zu gewinnen. — Die Versammlung ist der Meinung, daß ein planmäßiger Abbau der Zwangswirtschaft zur Erreichung dieser Ziele führen und dem Volkswohle dienlich sein wird. Die weiteren Ausführungen des Stadtrats Lorenz fanden ihren Niederschlag in folgender

Entschlüsse.

die er bei den Konsumenten wie Händlern sehr stark besuchten öffentlichen Einwohnerversammlung unterbreitete: Die am 26. August 1920 im Saale des Bürgergartens in Aue tagende öffentliche Einwohnerversammlung beschließt:

1. Der wichtigste Grundgedanke aller Bekämpfung der Minderbemittelten muß sein, ein planmäßiges Senken der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel. Um eine möglichst baldige Senkung der Preise für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchprodukte herbeizuführen, fordern wir von der Landesregierung und dem Wirtschaftsministerium, sofort bei der Reichsregierung in diesem Sinne zu wirken.

2. Die Preisfestsetzung bei der Reichsregierung für die wichtigsten Konsum-Artikel haben nur unter Heranziehung von Verbraucher-Vertretern aus allen Teilen des Reiches zu geschehen.

3. Eine sofortige Preisreduzierung muß erfolgen bei Obst, Fleisch, Gemüse und daraus hergestellten Erzeugnissen. Das rasche in besonderer Weise bei den Kartoffeln zu, da die Anbauflächen und das Erntergebnis so günstig sind, daß eine reichliche Senkung gewährleistet erscheint.

4. Die Versammlung spricht sich gegen die von Erzeugern und Großhändlern planmäßig hervorgerufenen Höhe zur Befestigung der Zwangswirtschaft aus, verlangt vielmehr einen planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel. — Das bisher bestehende Prämien-System für die Landwirtschaft ist sofort zu beseitigen, insbesondere die Druß-Prämien und die Prämien für die Kartoffelablieferung. Die bestehenden gesetzlichen Strafbestimmungen sind rückwirkend in Anwendung zu bringen, die Geldstrafen in längere Haft- und Freiheitsstrafen umzuwandeln und im Wiederholungsfall die Entziehung vorzunehmen.

5. Die Versammlung fordert die Reichsregierung auf, so schnell als möglich wirtschaftliche Verbindungen mit Lebensmittel- und Rohstoffüberflus-Ländern zu erreichen und diesen Ländern mit den Erzeugnissen deutscher Organisation und Technik beizustehen.

6. Von der Kleinhandlung wird gefordert, sich den berechtigten Bestrebungen der Konsumenten und der Preisprüfstelle nicht entgegenzusetzen, sondern mutig mit den Verbrauchern den Kampf gegen die die Not des Volkes ausbeutenden Erzeuger und Wucherer aufzunehmen.

7. Von der Verbraucherhaftung wird gefordert, nicht jedem Marmeladengläubigen zu schenken, daß dieses oder jenes Lebensmittel zur Reize gins und daraufhin Hals über Kopf das Minderbemittelten noch größeren Hunger leiden, weil erstens diese Panikverkäufe Beförderer der Markt ganz entblößen und zweitens die Preise wiederum in solche Höhe treiben, die von der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr bezahlt werden können.

8. Von den Gewerkschaften und allen politischen Parteien wird gefordert, sich gemeinsam in den Dienst der Sache zu stellen.

An die Einreichung dieser Entschlüsse schloß sich eine

Aussprache

an, in der darauf hingewiesen wurde, daß in verschiedenen Artikeln zur Zeit der Kommunalverbände teurer ist, als der freie Handel (Säferloden, Del usw.). Das Mitglied der Preisprüfstelle, G. K. K. K., brachte zur Sprache, daß eine Untersuchung in verschiedenen Bäckereien einen Wassergehalt des Brotes von 40 bis 50 Prozent ergeben hat. Dr. Gerlach bemerkte, daß die teuren Preise nicht dem Kleinhandel zuzuschreiben seien und erläuterte an verschiedenen Beispielen, wie die Zwangswirtschaft verteuert wirke. Auch Stadtrat Gerlach behandelte das Thema der Kriegsgesellschaften als Vertreter. Nachdem er etwa fünf Minuten gesprochen hatte, stieg er infolge eines Schlaganfalles plötzlich langsam zu Boden und gab bald darauf seinen Geist auf, nachdem er aus dem Saale getragen worden war. Stadtrat Lorenz setzte die Versammlung von dem tragischen Todesfall in Kenntnis und schlug vor, sich zu Ehren des so plötzlich Verstorbenen von den Blagen zu erheben und die eingebrachte Entschlüsse anzunehmen. Das Beschloß, worauf die Versammlung angeleitet des Todesfalles vorzeitig beendet wurde.

Don Stadt und Land.

Aue, 27. August 1920.

Stadtrat Bernhard Gerlach †. Von einem schnellen, erschütternden Tode wurde gestern Abend gegen ein Uhr, mit dem öffentlichen Leben sich beendend, in dem er lange Jahre in unserer Stadt gewirkt hat, der Geschäftsführer des hiesigen Konsumvereins, Stadtrat Bernhard Gerlach, erlitt. In einer im Bürgergartensaale stattfindenden öffentlichen Einwohnerversammlung, die sich mit der gegenwärtigen Teuerung beschäftigte, hatte er das Wort erhalten, um als Debatterer aufzutreten. In der ihm eigenen, sachlichen, ruhigen Weise wandte er sich gegen die Kriegsgesellschaften als Vertreter der Lebensmittel, mit warmen Worten für den freien Handel einsetzend, der durch Regelung von Nachfrage und Angebot sicher zu einer angemessenen Regulierung der Preise führen werde. Niemand konnte dem Redner anmerken, daß er etwa nicht wohl wäre, mit fester, klarer Stimme brachte er seine Ansichten zum Vortrage. Und doch sollte er wenige Minuten später aus dem Leben scheiden! Er hatte kaum länger denn fünf Minuten gesprochen, als er plötzlich inne hielt und zu Boden sank, gestützt von hilfereichen Händen, die sich ihm entgegenstreckten. Während ein Arzt herbeigeholt wurde, leisteten im Saale anwesende Sanitäter dem offenbar von einem Schlaganfall Betroffenen Hilfe, um ihn bald darauf aus dem Saale an die frische Luft zu bringen. Leider war alle Hilfe umsonst, denn kurz darauf war Herr Gerlach verschieden. Mit ihm ist ein allgemein geachteter Mitbürger dahin gegangen, der seit 1909 als Stadtratsmitglied und seit 1919 als Mitglied des Ratkollegiums und als Vorsitzender des Rasens, Rechnungs- und Wirtschaftsausschusses sich in anerkannter Weise um die städtischen Interessen verdient gemacht hat. Herr Gerlach war ferner Mitglied der Bezirksversammlung und in dieser Eigenschaft Mitglied des Vorstandes der Fürsorgeanstalt Schmied. Seit der Einführung der Zwangswirtschaft war er Geschäftsführer der Gemeinnützigen Einkaufsgenossenschaft für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg; ferner war er auch zweiter Vorsitzender der Zwilbacher Einkaufs-Vereinigung Deutscher Konsumvereine, bis vor kurzem auch Ausschussmitglied im Gemeinnützigen Bauverein zu Aue. Der Verschiedene hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder (ein Sohn wird seit den Herbstkämpfen 1915 in Rußland vermißt). Er kam 1903 nach Aue und leitete seitdem den hiesigen Konsumverein. In seine Amtszeit fällt der Bau des Bäckerei- und Lagergebäudes in der Nähe des Schlachthofes, die Errichtung verschiedener Verkaufsstellen in Aue und in zahlreichen Orten der Umgebung.

Ausstellung in der Deutschen Fachschule. Wie aus einem Inserat in der vorliegenden Ausgabe ersichtlich ist, findet nächsten Montag in der hiesigen Deutschen Fachschule eine Ausstellung von Zeichnungen, Bekleidungs-, kunstgewerblichen Arbeiten, Schnitt- und Stanzwerkzeugen statt, die des Besuches außerordentlich wert erscheint.

Schulgeldeverleihen an den höheren Lehranstalten. In Ergänzung der Verordnung über die Erhöhung des Schulgeldes sowie der Aufnahme und Abgangsgeldern an den staatlichen und staatlich unterstützten höheren Lehranstalten wird vom Kultusministerium bestimmt: Besuchen zwei oder mehr Kinder derselben Familie gleichzeitig höhere Lehranstalten, deren Schulgeld 400 M oder mehr jährlich beträgt, so kann der Erziehungspflichtige eine Ermäßigung des Schulgeldes beantragen. Dem Antrag ist ohne weiteres stattzugeben, wenn das steuerpflichtige, nach Paragraphen 16 und 17 des Einkommensteuergesetzes zusammennetzende Einkommen der Familie 18 000 M jährlich nicht übersteigt. Dagegen bedarf es bei höherem Einkommen einer besonderen Begründung. In diesem Falle wird der Antrag nach

denselben Grundregeln wie ein Schulgeldeverleihen behandelt. Die Ermäßigung erfolgt in der Weise, daß vom Beginn des Vierteljahres an, in dem der Antrag nach Eintritt des zweiten Kindes in eine höhere Lehranstalt gestellt wird, das Schulgeld für das eine höhere Lehranstalt besuchende erste Kind auf die Hälfte somit auf 200 M jährlich herabgesetzt wird. Wird ein drittes oder weiteres Kind in eine höhere Lehranstalt aufgenommen, so gelten die vorstehenden Grundregeln mit der Maßgabe, daß die Ermäßigung des Schulgeldes bei der Kassenerstattung der Schule zu beantragen ist, die das nächstältere Kind besucht. Die Ausländer gelten vorstehende Bestimmungen nicht. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die für ihre höheren Lehranstalten keine staatlichen Unterstützungen erhalten, wird dringend empfohlen, sich vorstehenden Grundregeln anzuschließen.

Verkaufungen von Kindern zur Teilnahme an der Kartoffelernte. Der Landeskulturrat hat im Hinblick darauf, daß im Jahre 1919 ein Teil der Kartoffelernte zum Schaden der Volksernährung nicht hat geerntet werden können, an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts das Eruchen gerichtet, Schulkindern zur Beteiligung an der Ernte in bringenden Fällen Unterrichtsfreiheit zu gewähren. Das Ministerium ermächtigt die Bezirksbehörden, auf Ansuchen von Schulleitern zu genehmigen, daß Kindern, die sich mit Einverständnis ihrer Eltern dazu bereit finden, zur Teilnahme an der Kartoffelernte Unterrichtsfreiheit gewährt wird, wenn die Ernte während der Ferien infolge andauernd schlechter Witterung oder wegen Arbeitsmangels nicht genügend gefördert werden können. Hierbei wird vorausgesetzt, daß in ländlichen Gemeinden bei Beginn der Herbstferien nach Möglichkeit auf die Kartoffelernte Rücksicht genommen wird.

Anliegen der Preise. Wie selber bemerkt werden muß, stehen die Preise in manchen Artikeln, besonders in Schuhen und Baumwollwaren wieder an. Das Landespreismat ist der Ansicht, daß in der Schuh- und Bekleidungsindustrie viel zu hohe Preise gefordert werden, und hat Maßnahmen getroffen, durch besonders strenge Ueberwachung dieses unberechtigten Anstieges der Preise gleich im Anfang der Bewegung zu unterbrechen. Das Amt beauftragt jede in Sachsen stattfindende Lederauktion und hat bei den Reichsstellen in Berlin erwirkt, daß diese Lederauktionen, die eben wegen des scharfen Zustandes der sächsischen Behörde in andere Staaten des Deutschen Reiches verlegt worden sind, dort in gleicher Weise aufs schärfste kontrolliert werden. Das die Bekleidungs-Industrie antreibt, so ist auf Anordnung des Landespreismates eine Kommission von Mitgliedern aller in Sachsen bestehenden 108 Preisprüfstellen tätig, um die Festsetzung der Preise zu überwachen. Mit dieser Kommission steht das Amt in ständiger Verbindung. Es hofft, daß durch diese Kommission die Tätigkeit der Preisprüfstellen, von denen manche eine sehr geringe Tätigkeit entfalten, sich fruchtbringender gestaltet. Erfreulich ist, daß das Landespreismat seinem ursprünglichen Charakter als Preisüberwachungsbehörde allerdings in den einer Preisfestsetzungsbehörde wandelt. Nur dadurch kommen wir zu einem allmählichen Abbau der Preise. Im Amt herrscht die Ansicht vor, daß mit der Verbilligung der Kohlen, des Getreides und Kartoffeln der Anfang gemacht werden muß, um den allgemeinen Abbau in die Wege zu leiten. Leider ist bei den Berliner Reichsstellen immer noch eine steigende Preissteigerung zu verzeichnen (s. B. auch bei Kartoffeln), wogegen energisch Front gemacht werden muß.

Aus dem Parteileben.

Bezirksführung der Deutschen Volkspartei. Am Dienstag fand hier eine Bezirksvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei statt. Parteisekretär Frank betonte in einem eingehenden Referat über die politische Lage, daß die Stellung der deutschen Volkspartei in der Regierung, zumal bei dem Widerstand der sozialdemokratischen Landesregierungen gegen die Maßnahmen der Reichsregierung, nicht einfach sei, daß aber trotzdem schon zahlreiche Erfolge ihrer Tätigkeit festzustellen seien, z. B. bei der Besetzung der höheren Regierungsstellen mit Fachleuten, bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft, Auflösung der Kriegsgesellschaften usw. Man müsse die Stellung der Partei in der Regierung zu verstärken suchen, um bei den Verhandlungen in Genf ein besseres Ergebnis als in Spa zu erzielen. — Im Anschluß an diese Ausführungen wurden die Vorbereitungen zur sächsischen Landtagswahl eingehend besprochen und in der Kandidatenfrage eine völlige Einigung erzielt. Eine Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches der Geschäftsstelle Aue auf den Amtsgerichtsbezirk Hartenstein und die Amtshauptmannschaft Annaberg wurde gebilligt.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen.

Apollo-Theater. Vor dicht gefülltem Hause tollt jetzt täglich in den Apollo-Theater ein Riesenspektakel, der zu den Meisterwerken der deutschen Filmindustrie zählt. Veritas vincit ist er betitelt, die Wahrheit siegt! In neun Akten behandelt das Werk das Thema vom Fluge der Lüge, nicht in selbster Art, sondern indem es auf die tief angelegte indische Sage von der Seelenwanderung zurückgreift und poetisch, von höchster Ergreifung durchwoben, der Wahrheit ein Lied zu Ehr und Preis singt. Der Film mit seinen monumentalen Dekorationen (vor allem sind die Bilder aus dem alten Rom zu nennen) und seiner prächtigen Ausstattung, mit den überwältigenden Massen-Vollbesetzungen, zeigt in seiner technischen Vollendung von wahrer künstlerischer Bedeutung. Ma May und Johannes Niemann in den Hauptrollen liefern Bilder von seltener Schönheit. Die musikalische Begleitung durch die Hauskapelle (Violine, Cello, Piano, Harmonium) vertieft die feierliche Festerimmung der Zuschauer. Wie wiederholen: ein Werk, wie es in solcher Vollendung selten gekehrt worden ist! Wegen der langen Vorstellungsdauer beginnen die Vorstellungen um fünf Uhr nachmittags und um acht Uhr abends.

Dirig. 26. August. Streik im Fuhr- und Verkehrsgewerbe. Gestern, kurz vor Beginn der Ostermesse, sind die Arbeiter im Fuhr- und Verkehrsgewerbe wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Wie wir hören, sind Verhandlungen im Gange, die wahrscheinlich zu einer Einigung führen werden, so daß voraussichtlich die Arbeit bereits heute früh wieder aufgenommen werden dürfte.

Deutsche Seife
Extra billig

Deutsche Feinseife 2 Stück . . .	6²⁵
Deutsche Kernseife Doppelpack 800 Gr. . .	5⁵⁰
Seifenpulver 500 gr.-Paket . . .	3⁸⁰

Kaufhaus Schocken

Letzte Drahtnachrichten.

Unerschützte Vergewaltigung von Deutschen durch die Polen.

Königsberg, 26. August. In Thoen werden jetzt alle 15 bis 50 Jahre alten Deutschen gezwungen, entweder Heeresdienst zu leisten oder für Deutschland zu optieren. Am 21. d. Mo. wurden dort laut der Königsberger Hartung'schen Zeitung diejenigen, die für Deutschland optieren, in grausamer Weise mißhandelt. Verhaftungen und Erschießungen von Deutschen sind an der Tagesordnung.

Einheitliche Volkzeitung für Preußen.

Berlin, 27. August. Im preussischen Ministerium des Innern werden zurzeit Verhandlungen geführt, die den Zweck verfolgen, eine einheitliche Volkzeitung für ganz Preußen herzustellen.

Sozialdemokratischer Terror im Berliner Stadtverordnetenkollegium.

Berlin, 26. August. Die Großberliner Stadtverordnetenversammlung beschloß heute in erster Lesung unter Ablehnung aller bürgerlichen Anträge, den neuen Magistrat aus 80 befohlenen Mitgliedern zusammenzusetzen und die Stellen nicht auszufüllen.

Arbeiter gestörten an die Entente abzuschießende Flugzeuge.

Berlin, 27. August. Bei der Firma Julius Wintsch in Fürstentumde zerstörten gestern Arbeiter Flugzeuge und Abwurfvorrichtungen, welche zur Abwendung nach Abgabe des Friedensvertrages bereit standen.

Eine neue demokratische Volkspartei?

Berlin, 27. August. Nach der Germania wird in einzelnen Kreisen der Gedanke einer neuen christlich-demokratischen Volkspartei lebhaft erörtert, als deren Grundstock die christlichen Gewerkschaften zu gelten hätten.

Keine Besserung der Lage in Oberschlesien. Die Abstimmpolizei unter französischem Befehl.

Oppeln, 26. August. Die Aufstandsbewegung hat nunmehr auch die Kreise Großschicht und Oppeln ergriffen. Die Aufständischen bringen aus jungen Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Unter der Beschlagnahme Munition wurden einwandfreie Dummungeschosse festgesetzt. Die polnischen Arbeiter weigern sich, den Streit abzubrechen. Deutsche Arbeitwillige werden an der Arbeit gehindert. Die Umbildung der Sicherheitspolizei zur Abstimmpolizei und der Abtransport der nichtobererschlesischen Beamten ist im Gange. Die neue Polizei kommt unter direkten französischen Befehl.

Schwere Unruhen in Breslau.

Breslau, 26. August. Anlässlich einer Demonstrationssammlung, in der Flüchtlinge aus Oberschlesien sprachen, kam es am Schluß zu ereignisreichen Vorgängen. Aus Oppeln war das Gerücht eingetroffen, daß dort bewaffnete polnische Halbesoldaten mit der deutschen Bevölkerung in Kämpfe verwickelt seien. Diese Nachricht versetzte die Menge in höchste Erregung, die sich in drohenden Reden gegen die Polen und Franzosen Luft machte. Vor dem Monopol-Hotel nahm die Menge eine drohende Haltung an, weil sie französische Offiziere in dem Hotel vermutete. Da die Vermutung nicht zutrifft, begaben sich mehrere Trupps halbwüchsiger Burschen zum polnischen Konsulat, drangen dort ein und zerstörten die Einrichtung. Die Menge zog dann zu verschiedenen anderen Hotels, in denen sie fremde Offiziere vermutete. Im Hotel Fürstentum, wo die internationalisierte Kommission ihren Sitz hat, flüchtete das Büropersonal in den Garten. Infolge des schnellen Eingreifens der Sicherheitspolizei ist es jedoch hier zu Gewalttätigkeiten nicht gekommen. Der belgische Adjutant der Friedenskommission hat dem Polizeipräsidenten gegenüber seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Schutz so schnell wirksam gewesen sei. Inzwischen war derselbe Haus zum französischen Konsulat gelangt, wo sich die Sicherheitswehr dem plötzlichen Ansturm gegenüber als schwach erwies. Die Räume wurden zerstört und die Alten auf die Straße geworfen. Der zum Schutze des französischen Konsulates entsandene Truppe gelang es, den Geheimshant des französischen Konsuls vor der Zerstörung zu bewahren. Der weitere Schutz des Konsulates ist hinreichend sichergestellt. Es sind Maßnahmen getroffen, die Ruhe und Ordnung in der Stadt wieder herzustellen und zu sichern.

Schlägereien zwischen Haller-Soldaten und Deutschen.

Breslau, 26. August. In Oppeln kam es zwischen Haller-Soldaten und obererschlesischen Flüchtlingen zu Schlägereien, wobei ein französischer Militär die Haller-Soldaten in Schutz nahm. Es widersetzte sich auch der Verhaftung des Anführers der Haller-Soldaten durch die Sicherheitspolizei und geleitete sie zum Bahnhof. Als darauf die Menge den Bahnhof zu säumen versuchte, zog ein französischer Offizier den Revolver. Es gelang jedoch, den Offizier unter Begleitung mehrerer französischer Soldaten in seine Wohnung zu bringen. Der Anführer der Haller-Soldaten wurde auf die französische Hauptwache transportiert.

Franzosen und Polen arbeiten Hand in Hand.

Berlin, 27. August. Wie dem Sozialanzeiger aus Myslowitz vertrauenswürdig berichtet wird, besteht zwischen den Franzosen und Polen eine Abmachung, wonach die Insurgenten unbrauchbare Schusswaffen bei den französischen Truppen gegen gute Wechsele austauschen können.

Folgen der Steuerfabrik der Arbeiter in Stuttgart.

Stuttgart, 27. August. Durch die Schließung der drei großen Industriebetriebe wurden 15-16000 Arbeiter ausgesperrt. Die Betriebsräte beschlossen, mit der Regierung solange nicht zu verhandeln, bis die Sicherheitspolizei aus den Betrieben entfernt sei. In Eslingen wurde der Generalstreik erklärt. In Unruh ist es bisher nicht gekommen.

Schwere Kämpfe bei Ostrolenka und Komsha.

Kopenhagen, 27. August. In einem Telegramm aus Warschau heißt es: Bei Ostrolenka und Komsha haben sich schwere Kämpfe entzündet. Es gab ziemlich schwere Verluste auf beiden Seiten. Augenblicklich versucht der Feind, sich in der Gegend von Ostrowitz zu halten und gleichzeitig den Polen den Weg nach Litauen zu versperren.

Ein Munitionsdampfer von Arbeitern in Antwerpen zurückgehalten.

Brüssel, 26. August. Peuple berichtet: Der für Polen bestimmte, mit Munition beladene Dampfer Marcello konnte infolge der Opposition der Hafenarbeiter den Hafen von Antwerpen nicht verlassen.

Auch britische Kriegsschiffe kommen nach Tansja.

Paris, 26. August. Nach einer Meldung des Temps aus London sollen britische Kriegsschiffe nach Tansja gesandt werden, um die dort befindlichen Streikkräfte zu verstärken.

Die Polen verweigern Friedensnegotiationen.

Paris, 27. August. (Agence Havas.) In einer Rundgebung der polnischen Regierung versichert dieselbe, daß trotz der militärischen Erfolge ihre Friedensabsichten die gleichen geblieben sind wie vor der Abreise der Delegation nach Wlask. Auch jetzt noch erstreben Polen einen dauernden auf Recht und Gerechtigkeit sich stützenden Frieden.

Neue Erfolge des Generals Wrangel.

Paris, 26. August. Nach einer Havasdepesche aus Konstantinopel meldet ein Bericht des Generals Wrangel, daß seine Truppen Staniga Noykaja südlich Orapa und nördlich Etanodab Staniga Brufoludzaja und die Eisenbahnstation Timohaskana nach viertägigen hartnäckigen Kämpfen genommen haben.

Generalfreik in Sibirien.

Paris, 26. August. Laut einem Moskauer Radiotelegramm wurde in Sibirien der Generalfreik proklamiert, an welchem sich die Arbeitergewerkschaften beteiligen. Der Straßenbahnverkehr ruht, die Stadt hat weder Wasser noch Brot, die Zeitungen erscheinen nicht.

Die englische Regierung läßt den Bürgermeister von Cork verhungern.

London, 26. August. Der Reffe des früheren irischen Führers Redmond Howard richtete an den König das telegraphische Ersuchen um Begnadigung des Bürgermeisters von Cork. Die Regierung teilte jedoch mit, daß sie ihre Haltung nicht geändert habe.

Unruhen in Böhmen.

Beckau, 26. August. Im Verlauf der Unruhen, die sich am Mittwoch abend ereigneten, gab es einen Toten und 20 Verwundete. Man meldet heute einige 40 Brandstiftungen und die Verhaftung von 80 Personen.

Geschäftsverkehr.

Commerz- und Diskontobank, Berlin, Mitteldeutsche Privatbank, A.G., Magdeburg. Die hiesige Abteilung der Mitteldeutschen Privatbank, A.G., Magdeburg, macht im heutigen Infereurteil bekannt, daß sie nach der nunmehr erfolgten Eintragung aller Fusionsbeschlüsse mit der Commerz- und Diskontobank, Berlin-Hamburg, und der Erhöhung des Aktienkapitals auf 200 Millionen Mark von jetzt ab Commerz- und Privatbank, A.G., Zweigniederlassung Aue (Erzgeb.), firmiert.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.
Sonntag, den 29. August, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pastor Herzog. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst der jung. Abt.: Pastor Herzog. Nachm. 3 Uhr Taufen. Abend einhalb 8 Uhr Jungfrauenverein, 8 Uhr Jünglingsverein.
Mittwoch, 1. Sept., abend 8 Uhr Bibelstunde im gr. Pfarrhaussaal: Pfr. Lehmler. — Donnerstag, 2. Sept., abend 8 Uhr Männerverein u. Christl. Verein Junger Männer.

Friedenskirche.

13. Sonntag n. Trin., vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichte und Abendmahl. — Mittwoch, 1. Sept., abend 8 Uhr Beistunde (Unser Glaube an Gott), Beichte und Abendmahl. — Freitag, 3. Sept., abend 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst.

Amtliche Bekanntmachung.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zum Bartholomäus-Jahrmarkt.

Sonntag, den 29. August 1920 wird das Offenhalten der Verkaufsstellen und die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in allen Geschäftszweigen auf Grund des Artikels 1 der Verordnung vom 6. Februar 1919 (R.G.B. S. 178) bis zu 8 Stunden — jedoch nicht während des öffentlichen Gottesdienstes und nicht über 6 Uhr abend hinaus — nachgelassen.

Aue, 26. August 1920.
Der Rat der Stadt, Polizeidirektion, Schubert, Stadtrat.

Schwarz- u. Weißbleche

4 L bis J C in Ladungen und kleiner. Posten bill. abzugeben. Anfragen unt. L. D. 6905 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Grundstück mit Garten in Oberschlesien

sofort oder per bald zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis und näheren Angaben zu richten unter G. 3771 an Haasenstein & Vogler, Chemnitz.

Extra-Angebote zum Jahrmarkt!

- Baumwollwaren -

- Hemdennessel 80 cm breit . 12.75
- Hemdentuch kräftige Ware . 14.50
- Kopfbarchent ungeblickt 13.50
- Hemdenlanel gestreift . 16.50
- Bettkattun geblumt . 16.50
- Blusenbarchent höherer Muster 18.50

Damen-Bekleidung

- Damenblusen Waschmusselin 29.50
- Damenblusen Sportform . 48.50
- Kostümrobe Größe 80-95 29.50
- Kinderkleiden Waschstoff 19.50
- Damenkleider geblumter Valle 175.-
- Damen-Sportjacken Flansch 195.-

Damen - Wäsche

- Damenhemden mit Barmierang 39.-
- Damenhemden m. gestrickt. Passes 45.-
- Untertailen Batist m. Spitze 12.50
- Untertailen mit Stickerel 16.75
- Damen-Bekleider gute Qualität 39.-
- Damen-Anstandsrobe Trikot 28.50

- Herren - Wäsche -

- Herren-Bekleider Trikot 14.50
- Herrenhemden Trikot, grau 29.50
- Herren-Bekleider Mako 29.50
- Herrenhemden Mako . 39.-
- Herrenhemden m. gestrickt. Eins. 49.-
- Herrenhemden m. Fiqu-Einsatz 58.-

- Strumpfwaren -

- Damenstrümpfe lederfarbig . 3.75
- Damenstrümpfe baumw. schwarz 10.75
- Damenstrümpfe zw. weiß u. schw. 12.50
- Damenstrümpfe grau u. lederfarb. 14.50
- Schweißsocken grau nahtlos 6.50
- Herrensocken Woll, grau mollert 8.50

Leder - Schuhwaren

- Kinderstiefel schwarz, Gr. 27-30 85.-
- Damen-Halbschuhe, 1 Spange 125.-
- Damen-Schnürstiefel schw. 125.-
- Damen-Schnürstiefel schw. 150.-
- Herren-Schnürstiefel schw. 175.-
- Herren-Schnürstiefel schw. 195.-

Herren- u. Burschen-Bekleidung

- Knabenstoffanzüge hochgest. 45.-
- Knabenstoffanzüge Sportform 75.-
- Burschenstoffanzüge einreihig 225.-
- Herrenstoffanzüge zweireihig 350.-
- Burschen- u. Herren-Hosen 68.50
- Herrenhosen haltbare Ware 75.-

Emaillie-Geschirre

- Maschinenöpfe grau, 12 cm 10.50
- Kasserollen mit Suel, 12 cm 6.50
- Nachtgeschirre grau . 12.75
- Keilrührschalen grau . 14.50
- Schöpföffel grau . 5.99
- Wassereimer grau, 28 cm 29.50

- - Steingut - -

- Teller weiß, fehlerfrei . 2.25
- Kaffeeteller weiß, groß . 1.45
- Obertassen weiß, fehlerfrei 1.75
- Satzschüsseln weiß, 6 Stück 24.50
- Waschgarnturen 4teilig . 55.-
- Küchengarnturen 22teilig 195.-

- Holzwaren -

- Fensterklammern . Stück 0.45
- Wäscheklammern . Schock 0.93
- Wischkästen lackiert . 2.75
- Nudelrollen Achorn . 6.50
- Waschbretter starke Zinkelinge 8.50
- Quirlgarnturen 6teilig . 9.50

Kaufhaus Schocken / Aue

Am Jahrmarktsonntag von 11 Uhr an geöffnet.

